

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 420

Abonnementpreis: Monatlich 300000 — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unter Auslieferung entgegen. — Bitte Anzahl bei Bestellungen angeben. — Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6609 und 5610. — Postfach 20 Leipzig 30 512.	Halle-Saale Sonnabend, 8. Sept. 1923	Anzeigenpreis: Die Spalten zu 1000 Zeichen mit 6 Spalten. — A Spaltenpreis mit 2000 Zeichen zu 1000000 (1/2 Sp. 1000000). Kleine u. semihellen Spalten 1000 Zeichen zu 500000 (1/2 Sp. 500000). Die 4 Spaltenpreis 300000 (1/2 Sp. 300000). Kleinere Spalten 2000 Zeichen zu 300000 (1/2 Sp. 300000). Kleinsten Spalten 1000 Zeichen zu 150000 (1/2 Sp. 150000). Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale.
--	--	--

Die neue Devisenverordnung

Der Devisenkommissar mit großen Vollmachten

Verordnung des Reichspräsidenten über Devisenerfassung
Berlin, 7. September.

Am Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs ist folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Reichsregierung bestellt einen Kommissar für die Devisenerfassung mit außerordentlichen Vollmachten. Der Kommissar ist befugt, Zahlungsmittel und Papiere in ausländischer Währung, ausländische Wertpapiere und Metalle für das Reich in Anspruch zu nehmen. Zu dem Zweck werden die Artikel 115, 117 und 153 der Verfassung außer Kraft gesetzt. Der Kommissar für Devisenerfassung ist eine Behörde, die dem Reichswirtschaftsminister untersteht.

§ 2. Die Reichsregierung erläßt die zur Erfüllung der Zwecke des Kommissars erforderlichen Bestimmungen und regelt die Verfahren. Sie kann dem Kommissar für Devisenerfassung von sich selbst bestimmten Stellen die Regelung im einzelnen übertragen. Sie kann Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften durch Freiheitsstrafen, Geldstrafen, Verhaftungen mit Einschließung und bei Zuwiderhandlungen gegen die Devisenverordnung oder die Anordnung des Kommissars Devisenbesitz, Sicherstellung und Verfallklärung ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung androhen.
Berlin, 7. September 1923.

Handel und Gewerbe, Geheimrat Sellinger ernannt werden. Dem neuen Reichskommissar geht der Ruf eines hervorragenden Kenners der Wirtschaftskrisen voraus. Er gilt außerdem für überaus energisch. Geheimrat Sellinger ist in Duisburg geboren und steht zurzeit im 39. Lebensjahr. Er trat 1914 als Hilfsreferent im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ein. 1919 wurde er dort Vortragender Rat und ist in nachfolgender Zeit geworden durch seine Teilnahme an den Wirtschaftskrisenverhandlungen und später an den Besprechungen in London, Brüssel und Genua.

Auch die Bayerische Volkspartei gegen die neuen Steuergeetze

München, 7. September.

Wie die bayerische Volksparteifraktion mitteilt, hat die Landtagsfraktion der Volkspartei am 5. und 6. September zu den vom Reichstag beschlossenen neuen Steuern Stellung genommen. Dabei ist einmütig die Auffassung zur Geltung gekommen, daß sich der Reichstag mit der Gesetzgebung am deutschen Volke schwerer verübelt, nicht deshalb, weil er schwere Opfer vom Volk verlangt, sondern weil der durch das überstürzte und das Gewissen und die Vernunft des Steuergegesetzes missachtete Gesetzgebung erhebliche Zerstörung in feiner Weise erreicht werden könne.

Die deutsche Volkspartei geht mit dem Kapital und dem ihr vom Volke geschenkten Vertrauen klar verschwendisch um. Die immer mehr überhand nehmende Kräfte des Reichstags, den Reichstag und damit die Mitwirkung der Länder zu umgehen, drohe zu einem Witzstück in der Reichsgesetzgebung auszuarten, zu der die Reichsregierungen nicht allzulange mehr fähigen können. Was die Stellungnahme der Parteien des Reichstags bei der Abstimmung anbelange, so habe sich die Landtagsfraktion der bayerischen Volkspartei zu eigen gemacht, die gegen die Geetze abstimmt haben.

und der Volkshochschulkonferenz ist jetzt beiderseits angenommen worden. Damit über darf man auf eine rasche, praktische, annehmbare Lösung hoffen. Was die Besetzung Korfus anlangt, so stellt die Erklärung des italienischen Botschafters eine feierliche Verpflichtung gegenüber Europa dar, durch die bewiesen wird, daß von italienischer Seite gegenüber Griechenland keine Kriegsdrohung vorliegt. Falls diese Verpflichtungen nicht gehalten würden und Italien die Absicht bekäme, seine feindliche Politik über die festgesetzten Grenzen hinaus auszuüben zu erhalten, so würde sich die Lage völlig ändern, denn Frankreich hätte sich schon längst mit England, die mitteleuropäischen und die Balkanländer mit irgendeiner Veränderung des Status quo ante im östlichen Mittelmeer abfinden.

Die Besetzung Korfus von langer Hand vorbereitet

(Eigener Drahtbericht.)
London, 7. September.

Aus Athen wird dem „Daily Express“ mitgeteilt, daß Oberst Loma, der Leiter des amerikanischen Hilfswortes im nahen Osten, erklärte, ein italienischer Kreuzer habe sich bereits vor Monatsfrist, das heißt vor der Ermordung der italienischen Delegation in Korfu eingefunden und der Kommandant des Schiffes habe an den Gouverneur die Bitte gerichtet, den Marineoffizieren Leihungen auf dem Lande zu gestatten. Die Erklärung wurde gewöhnlich und die Truppen seien fünf Tage an Land gelassen, während die Offiziere die Wege und Landungsstellen für den Kreuzer besichtigt haben.

Verlagerung der Völkerbundverhandlung

(Drahtmeldung unseres Händigen Mitarbeiter.)
Genf, 7. September.

Die Völkerbundversammlung ist von neuem auf Montag verlagert worden. Die Versammlung hat infolge dessen bisher nur an zwei Tagen gearbeitet. Neuer die nächste Zusammenkunft des Völkerbundes ist noch nicht bekannt.

Nach berühmtem Muster

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 7. September.

Wie aus Athen mitgeteilt wird, soll die italienische Regierung von dem hellenischen Gebiet die Zahlung von 50 Millionen Lire zur Deckung der Besatzungskosten des Insel Korfu verlangen.

Italien ist verschonpft

Rom, 6. September.

Die italienische Öffentlichkeit verfolgt mit großem Interesse die Vorgänge in Genf, und es soll nicht verkannt werden, daß die letzten Ergebnisse dort eine sehr günstige Stimmung in Italien hervorgerufen haben. Ansehender wird die Tatsache, daß die Vertreter der Kleinen Entente sich in ihren internen Besprechungen unabweisend gegen den italienischen Standpunkt in der griechisch-italienischen Angelegenheit ausgesprochen haben, als ein sehr unfreundlicher, wenn nicht gar feindsüchtiger Akt angesehen. Weiterhin hat es in Italien einen sehr wichtigen Eindruck gemacht, daß die Völkerbundvollversammlung als Vorläufer der ersten Kommission wiederum den Schweizer Vertreter gegen den italienischen Delegierten Scialoja gewählt hat. Infolgedessen mehren sich in Italien die Stimmen, die ein Brücken des Staates vom Völkerbund erbitten.

Die Verfolgung des Deutschtums in Südtirol

Trient, 7. September.

Die Wälder veröffentlichen eine Verordnung des Königs, der zufolge jeder Alpenverein aufgelöst wird, der nicht ein Section des Clubs Alpini Italiano bildet. Die Wälder, welche die Gemeinden in die untergeordneten gehen mit allen Kosten und Pflichten in der Verwaltung des Clubs Alpini Italiano über, der dem Kaiserlichen innerhalb von vier Monaten geeignete Vorarbeiten hinsichtlich der Neubildung der aufgelösten Körperstellen einzureichen hat. Diese Verordnung bedeutet eine neue Verfolgung des Deutschtums in Südtirol. Alle dort bestehenden alpinen Vereine müssen im Alpini Italiano aufgehen.

Der „Niedbacher Anzeiger“ verboten

München, 7. September.

Der „Niedbacher Anzeiger“ wurde wegen eines in der letzten Nummer erschienenen Artikels „Wann kommt der Kampf?“ auf die Lage der Balkanländer.

Der neue Devisenkommissar

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 7. September.

Am Reichskommissar für Devisenerfassung wird der Generalrat für Wirtschaftskrisen im preussischen Ministerium für

Weitere Verschärfung des Adriastreites

Albanien verweigert der Nordkommission den Zutritt

London, 7. September.

Der italienisch-griechische Konflikt scheint durch die Haltung der albanischen Regierung eine unvorhergesehene Wendung nehmen zu wollen. Der „Daily Telegraph“ will erfahren haben, daß die albanische Regierung den Vertretern mitgeteilt habe, sie wolle sich, eine Unterredung der Völkshochschulkonferenz zur Auffassung der Nordrat auf albanischem Gebiete zuzulassen. Diese teilweise Zustimmung habe zur Folge gehabt, daß man nun zu gewissen Bedingungen, die die Nordrat überprüfe von Griechenland begangen werden sei, da in diesem Falle sich die albanische Regierung nicht beeile, an der Aufhebung des Verbotens mitzuwirken. Es entsteht auch weiterhin die Frage, ob Albanien eine solche Haltung den Nachbarn einer fremden Macht gefolgt ist, welche, in London sei deswegen der Verdacht aufgekommen, daß die Wagnahme der albanischen Regierung dazu dienen könne, militärische Vorbereitungen zu betreiben, besonders in der Nähe von Santa Quatina.

Weiter die Frage der geistigen Genfer Beschlüsse ist sich die albanische Regierung vorläufig noch nicht ganz im Klaren. Immerhin scheint der Minister Korrespondent der „Times“, daß ein weiterer Konflikt infolge dieser Beschlüsse früher oder später unvermeidlich sei. Die „Times“ selbst glauben, daß die Lage zum Teil wieder erfrischt werden ließe, daß aber dennoch nicht alle Hoffnungen aufgeben dürfe, weil die Genfer Beschlüsse auch für eine Völkerbundkonferenz verhängnisvoll werden könnten.

Der Schritt der Kleinen Entente

Paris, 7. September.

Der Schritt der Regierung der Kleinen Entente in Paris hat London vom „Times“ bestätigt. Nach der englischen Darstellung sollen die Regierungen von Prag, Belgrad und Bukarest nicht nur mit Zustimmung aus dem Völkerbund, sondern auch mit Zustimmung der Regierung, welche die italienische Truppenbewegungen fortsetzt. Dazu schreibt die französische offizielle Blatt, man dürfe Hoffnungen dieser Art nicht hegen, da die durch den italienischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch gemachten Mitteilungen hätten wieder in der Form noch in ihrer Bedeutung den drohenden Charakter nicht, die ihnen die englische Presse beilege. Da der Schritt streng verstanden werden sei, könne jedoch darüber nichts Näheres mitgeteilt werden.

England wartet ab

(Eigene Drahtmeldung.)
London, 7. September.

Eine gestern abend ausgegebene offizielle Note weist darauf hin, daß in offiziellen Kreisen nichts von den Informationen der belgischen Presse bekannt sei, daß neue Verhandlungen vorbereitet würden, um zu einem Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen. England habe auch keine Verhandlungspläne, die die Vermittlung dieser Konflikte im Augenblick schätzen würden. Immerhin könne aus gewissen Anzeichen besonders der letzten Stuttgarter Rede des Kanzlers geschlossen werden, daß Schritte zu einer etwaigen Lösung des Ruhrkonfliktes unternommen würden.

Der Adriakonflikt im Völkerbundrat

Genf, 7. September.

Am Laufe der Debatte im Völkerbundrat erklärten Lord Robert Cecil, England, Humans-Belgien, Branting-Schweden und Guachi-Ulguan, daß bei ihren Regierungen kein Zweifel über die Zustimmung des Völkerbundes bestehe. Branting-Schweden forderte dabei als einziger, daß ebenfalls eine schnelle Lösung der Frage der Abnahme der von Italien besetzten Gebiete gefunden werden müsse. Gannotaur-Franzreich ging nicht auf die Kompetenzfrage ein, sondern verlangte nachdrücklich die Verlegung der Debatte und die schließliche Weiterbehandlung in gleicher Sitzung. Er begründete sich dazu, daß es Landrat dem ersten Teil des Tages zu ihm hätte. Im übrigen begründete er es bereits als Erfolg, daß die Debatte überhaupt weitergehe.

Frankreich gegen Italiens Imperialismus

Paris, 7. September.

Der „Matin“ schreibt zu der Lage im italienisch-griechischen Konflikt: Die Verbindung zwischen dem Völkerbundrat

